

Pressekonferenz vom 5. April 2005

Komitee «Schengen/Dublin: Gut für unseren Tourismus»
Postfach 3085
1211 Genf 3



Pressemitteilung
Sperrfrist: 5. April, 10.30

Schengen-Dublin: Vorteil für den schweizerischen Tourismus

Bern, 5. April 2005 – Dank dem Schengen-Visum wird die Schweiz für tausende Touristen aus aufstrebenden Ländern wie China oder Indien einfacher zugänglich. Eine administrative Hürde wird beseitigt: Die von allen europäischen Tourismusämtern heiss begehrte Zielgruppe braucht mit Schengen kein zusätzliches Visum mehr, um auf einer Europareise die Schweiz zu besuchen. Für den schweizerischen Tourismus ist das ein wichtiger Vorteil. Deswegen engagieren sich die Vertreter des Komitees «Schengen/Dublin: Gut für unseren Tourismus» – Christian Rey, Walter Steuri und Nadia Fontana-Lupi – für das bilaterale Abkommen Schengen/Dublin.

Die Schweiz gehört zu den drei europäischen Lieblingsdestinationen der Chinesen. Eine enorme Chance für den schweizerischen Tourismus, denn das Wachstum im Reich der Mitte ist äusserst dynamisch. Allerdings darf man die Reisenden aus China, Indien oder anderen visumpflichtigen Ländern nicht mit verschränkten Armen begrüssen. Auch die anderen europäischen Länder setzen alle Hebel in Bewegung, um diese Touristen anzulocken. Wettbewerbsnachteile für den Schweizer Tourismus müssen aus dem Weg geräumt werden. Ein Visum für Europa und ein zusätzliches Visum einzig für die Schweiz beantragen zu müssen, ist eindeutig ein Hindernis. Wenn wir es nicht schaffen, konkurrenzfähig zu werden und unseren Besuchern eine einfache und unkomplizierte Einreise zu ermöglichen, werden die grossen Reiseveranstalter künftig einen Bogen um die Schweiz machen. Das hätte zwangsläufig verheerende Folgen für die Arbeitsplätze und die im Tourismus unverzichtbaren Investitionen. Die Tourismusbranche mit ihren 165'500 Beschäftigten und alle indirekt mit dem Tourismus verbundenen Tätigkeiten würden darunter leiden. Ausgeprägte Tourismusregionen wie das Tessin und die Gebirgsferienorte im Berner Oberland, im Wallis oder in Graubünden würden besonders hart getroffen. Deshalb fordert die Tourismusbranche schon seit Jahren die Beteiligung der Schweiz an der Schengener Visakooperation; die bürokratische Hürde des Extra-Visums für die Schweiz würde wegfallen. Lehnt die Schweiz die Teilnahme an Schengen ab, bleibt sie das einzige Land in Westeuropa, das ein separates Visum verlangt.

Am 5. Juni wird über Schengen/Dublin abgestimmt. Am 5. Juni werden die Weichen gestellt. Schengen/Dublin bringt Verbesserungen im Sicherheits- und Asylwesen. Und: Schengen/Dublin stärkt die Attraktivität des Tourismusstandort Schweiz. Dafür setzt sich das Komitee «Schengen/Dublin: Gut für unseren Tourismus» ein. Tourismusfachleute aus der ganzen Schweiz unterstützen das Komitee.

Informationen: Maryline Basset, 078 854 04 76, info@schengendublin.ch



Luzern, 4. April 2005

Stellungnahme des Verbandes Schweizerischer Polizeibeamter zu den Abkommen von Schengen/Dublin

«Die Schweiz darf nicht Europas Fahndungs- und Sicherheitsloch sein»

Kriminalität wird zunehmend globaler, und die Schweiz als Land ohne Anbindung an die EU im Zentrum Europas gerät im europäischen Fahndungsraum immer mehr ins Hintertreffen. Aus diesem Grund tritt der Verband Schweizerischer Polizeibeamter als Vertreter von rund 22'000 Polizistinnen und Polizisten und damit einem landesweiten Abdeckungsgrad von mehr als 95 % vehement für einen Beitritt zu den Abkommen von Schengen/Dublin ein. Diese sind Teil der Bilateralen II, über die am 5. Juni 2005 abgestimmt wird. Während das Abkommen von Dublin Zweitgesuche von Asylbewerbern verhindert, regelt „Schengen“ den Grenzübertritt von Personen, die Visaerteilung für Kurzaufenthalte, gegenseitige Rechtshilfe und Auslieferungen, die Bekämpfung des Waffen- und Drogenmissbrauchs sowie die polizeiliche Zusammenarbeit. Mit einem Beitritt zu „Schengen“ werden auch von der Schweiz aus grenzüberschreitende Polizeiaktionen möglich, und die Schweiz erhält insbesondere Zugang zum Schengener Informations-System (SIS). Das SIS ist ein computergestütztes Informationsnetzwerk, welches mit Datensätzen aus den verschiedenen Vertragsstaaten gemeinsam gespeisen wird und einen jederzeitigen On-line-Zugang zu den aktuellsten Fahndungsdaten gewährleistet. Innerhalb von zwei Sekunden bietet das weltweit einmalige Netzwerk zum Beispiel Zugriff auf gesuchte Personen und gestohlene Autos in allen 15 Schengen-Staaten. Allein in Deutschland haben sich die Fahndungserfolge seit der Einführung von SIS um das Vierfache gesteigert, was pro Jahr bei den Festnahmen und Sicherstellungen einer Trefferquote von 11'000 bis 14'000 entspricht. Dank SIS / VIS (Visadatenbank) lassen sich überdies missbräuchliche Abgaben von Visa sowie die Einwanderung von Personen, die sich illegal in unserem Land aufhalten, besser kontrollieren. «Ohne einen Beitritt zum Schengener Abkommen wird die Schweiz zunehmend zum Sicherheits- und Fahndungsloch Europas. Wir würden das internationale Verbrechen geradezu anziehen. Und das muss unbedingt verhindert werden», fordern VSPB-Generalsekretär Jean-Pierre Monti und Verbandspräsident Heinz Buttauer. Die beiden Polizisten und Gewerkschafter sind der Überzeugung, dass in Sachen innerer Sicherheit, SIS als Instrument der modernen Verbrechensbekämpfung und als Werkzeug für den täglichen Polizeidienst auch in der Schweiz unbedingt erforderlich ist.



Luzern, 4. April 2005

Medienmitteilung

Der Verband Schweizerischer Polizeibeamter informierte über die Vorteile der Abkommen von Schengen/Dublin für die Polizeiarbeit.

«Wir konnten viel mehr Kriminelle viel schneller fassen.»

Die Abkommen von Schengen/Dublin beinhalten für die Polizei wichtige Fortschritte in der Verbrechensbekämpfung und -verhütung. Aus diesem Grund lud der Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB am 4. April 2005 in Bern zu einer Informationsveranstaltung, die auf grosses Interesse stiess. Referenten und Diskussionsteilnehmer waren Heinz Kiefer, Präsident EuroCOP, Dag Egil Adamsen, Assistant Chief of Police Norwegen, Heinz Buttauer, Präsident des VSPB, und Olivier Prévosto, Mitglied der VSPB-Geschäftsleitung.

Der Präsident des europäischen Polizeibeamtenverbandes Heinz Kiefer stellte die Abkommen von Schengen/Dublin aus deutscher und EU-Sicht dar. Er konzentrierte sich dabei vor allem auf das Schengener Informationssystem SIS sowie die Fingerabdruckdatenbank Eurodac. Mit den über 13 Mio. Fahndungen, die im Moment im SIS ausgeschrieben sind, steht den heute 15 angeschlossenen Ländern ein effizientes Instrument zur Verbrechens- und Terrorbekämpfung zur Verfügung. „Das SIS“, bilanzierte er aufgrund beeindruckender Erfolgszahlen, „ist aus dem polizeilichen Alltag nicht mehr wegzudenken.“ Dies bestätigte auch Dag Egil Adamsen für Norwegen, das SIS als Nicht-EU-Land bereits seit Anfang 2001 nutzt und damit ebenfalls eindruckliche Fahndungserfolge verbuchen konnte: „SIS bedeutet, dass viel mehr Kriminelle viel schneller aus dem Verkehr gezogen werden.“ Denn wie es sich gezeigt habe, schloss er, seien nationale Grenzen heute kein Hindernis für Kriminelle, sondern höchstens für die Polizei in deren Verfolgung. Die einzige Lösung sei deshalb eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Um diese auch auf die 10 im vergangenen Jahr neu in die EU aufgenommenen Staaten effizienter auszudehnen, sie von SIS profitieren zu lassen und damit zur Wahrung der inneren Sicherheit eine lückelose Personenkontrolle an den Aussengrenzen zu gewährleisten, wird das System derzeit zukunftsweisend erweitert. Auch für die Schweiz, die heute nicht einmal die Möglichkeit hat, elektronisch zu kontrollieren, ob eine Person im Nachbarkanton ausgeschrieben ist, wäre ein Anschluss an SIS sehr wünschenswert, ist der Genfer VSPB-Vertreter Olivier Prévosto überzeugt. Eurodac, die europäische Fingerabdruckdatenbank, umfasste am 1. Januar 2004 bereits einen Datenbestand von insgesamt 271'573 Fingerabdrücken von illegal über die Grenzen eingereister Personen, wie Heinz Kiefer ausführte. In einem Jahr konnten mit Hilfe dieser Daten bereits 17'287 Fälle eines Doppelantrages aufgedeckt werden.

Weitere Auskünfte erteilt: Jean-Pierre Monti, VSPB-Generalsekretär, Telefon 041-367 21 21